

Hopfenweg 21  
PF/CP  
CH-3001 Bern  
T 031 370 21 11  
info@travailsuisse.ch  
www.travailsuisse.ch

Bern, 24. Februar 2020

## **Aus Sicht der Arbeitnehmenden muss die Kündigungsinitiative klar abgelehnt werden**

**Am 17. Mai stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“ ab. Wird sie angenommen, kommt es zur Kündigung der Personenfreizügigkeit und durch die Guillotineklausel zur Kündigung der Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union. Es ist deshalb korrekter von einer Kündigungsinitiative zu sprechen. Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, sagt klar Nein zu dieser arbeitnehmerfeindlichen Initiative. Mit der Personenfreizügigkeit gekoppelt sind die flankierenden Massnahmen, mit denen Löhne und Arbeitsbedingungen geschützt werden. Die Politik tut gut daran, die Probleme der Menschen aufzunehmen und mit konkreten Massnahmen Lösungen vorzuschlagen, ein Beispiel ist die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose.**

---

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

---

Die Initiantinnen und Initianten wollen die Personenfreizügigkeit neu verhandeln und, wenn das nicht möglich ist, innert Jahresfrist kündigen. Dass die Europäische Union zu Neuverhandlungen bereit ist und der Schweiz eine Begrenzung der Zuwanderung erlauben wird, kann nach den aktuellsten Entwicklungen ausgeschlossen werden. In der Konsequenz würden die bilateralen Verträge wegfallen. Wer etwas anderes behauptet, verkennt die politische Realität. Die Bilateralen sind aber für die Schweiz von grossem Nutzen wie sich in der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Forschung, im Landverkehr wie in der Sicherheit zeigt. Dank der Personenfreizügigkeit können sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger in Europa frei bewegen und die Grenzen einfach überqueren. Heute muss auch klar festgestellt werden: Ohne Arbeitnehmende aus dem EU-Raum, die dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz arbeiten können, geht nichts mehr. „Rien ne va plus“ ist deshalb das Motto von kurzen Videos, die Travail.Suisse und Syna für die Abstimmung zur Verdeutlichung dieser Botschaft im Abstimmungskampf verbreiten werden.

Wenn die SVP die Zuwanderung von Arbeitskräften in die Schweiz für alle Probleme verantwortlich machen will, verkennt sie die wahre Ursache: Die Schweizer Wirtschaft benötigt zusätzliche Arbeitskräfte und wirbt aktiv für sie. In den letzten zehn Jahren nahm die Zahl der Erwerbstätigen von 4 auf über 5 Millionen Personen zu. Das hat der AHV wichtige Einnahmen zur Finanzierung der Renten gebracht. Die Zahl der Arbeitslosen ist trotz der zusätzlichen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nicht gestiegen. Dass die Unternehmen in die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investieren und ältere Arbeitnehmende nicht auf der Strecke lassen sollen, ist und bleibt eine Forderung von Travail.Suisse. Die Stellenmeldepflicht, die geplante Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose ab 60 Jahren und das Recht auf eine kostenlose Standortbestimmung und Potentialanalyse ab 40 Jahren sind drei Massnahmen, welche die Politik zur Behebung von Problemen beschlossen hat und am Umsetzen ist. Für Travail.Suisse ist klar, dass die wirtschaftlichen Vorteile der Personenfreizügigkeit der ganzen Bevölkerung von Nutzen sein müssen und nicht nur den Gewinnen der Unternehmen dienen dürfen.

## **Was wären die Folgen bei Annahme der Initiative?**

Die Gewerkschaften haben die Medienkonferenz der SVP vom 30. Januar 2018 nicht vergessen. Die SVP will den zusammen mit der Personenfreizügigkeit eingeführten flankierenden Massnahmen an den Kragen. Sie will den Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen vor ausländischer Konkurrenz und vor Arbeitgebern, die sich nicht an branchenübliche Löhne und Arbeitsbedingungen halten, aufheben. Obwohl die Schweiz eines der liberalsten Arbeitsgesetze hat, will die SVP weniger Regeln auf dem Arbeitsmarkt und einen Abbau der Kontrollen. An der gleichen Medienkonferenz verhöhnt sie die Sozialpartnerschaft. Dieser Weg ist klar arbeitnehmendenfeindlich. Die Schweizer Tradition der Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe wird mit Füßen getreten und ist ein Affront gegenüber allen Arbeitnehmenden. Auch mit einer Steuerung der Zuwanderung über Kontingente wie früher, würden die Bedürfnisse der Wirtschaft befriedigt. Benötigt die Wirtschaft mehr Arbeitnehmende, würden die Kontingente ihren Bedürfnissen angepasst. Nur: Ohne flankierende Massnahmen und wirksame Kontrollen wären Lohndumping und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen wieder an der Tagesordnung und würden das Lohnniveau der Arbeitnehmenden in der Schweiz drücken. Würde die Zuwanderung gebremst, hätte die Wirtschaft zu wenige Arbeitskräfte und das Wirtschaftswachstum würde gebremst. Es ist nicht anzunehmen, dass die SVP die Wünsche der Wirtschaft ignorieren würde. In der Steuerpolitik wird die SVP nicht müde, für die Wirtschaft tiefere Steuern und Abgaben zu fordern. Im Gegenteil: Mit der Tiefsteuerpolitik, die stark von der SVP getragen wird, werden Unternehmen in die Schweiz gelockt, die ihrerseits neue Fachkräfte benötigen. Dieser Widerspruch der SVP-Politik wollen wir der Bevölkerung, den Arbeitnehmenden aufzeigen.

## **In die Schweiz investieren**

Bewusst schürt die SVP zudem Ängste vor der „10-Millionen-Schweiz“. In der Schweiz leben aktuell rund 8,5 Millionen Menschen. In den nächsten Jahren gehen aber mehr Arbeitnehmende in Rente, als Junge auf den Arbeitsmarkt kommen. Dieser Demografieeffekt führt zu einem grossen Fachkräftemangel in fast allen Branchen. Personalmangel bringt für die Arbeitnehmenden zusätzlichen Stress und Überzeiten. Ohne Zuwanderung wird die Schweiz ihren Wohlstand nicht halten können. Die Produktivitätsgewinne der Digitalisierung werden den Bedarf nicht ausreichend bremsen, damit die Schweiz auf Zuwanderung verzichten kann. Die Schweiz bräuchte auch mit einer Steuerung der Zuwanderung weitere Arbeitskräfte. Die Forderung, dass zuerst die inländischen Arbeitskräfte einzusetzen sind, stellt auch Travail.Suisse auf. Die Gewerkschaften fordern seit jeher die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials. Die Massnahmen liegen auf dem Tisch. Der grösste Hebel hat eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Die SVP lehnt aber die familienergänzende Kinderbetreuung, einen Vaterschaftsurlaub wie auch die Verbesserung der Angehörigenbetreuung ab. Dies ist ein weiterer Widerspruch der Initianten. Schliesslich muss mit dem Bevölkerungswachstum die staatliche Infrastruktur wachsen. Wir stellen aber fest, dass die staatlichen Investitionen zurückgehen. Schuldenabbau ist der Rechten wichtiger als die Modernisierung des Service public.

Für Travail.Suisse ist klar: Die bilateralen Verträge sind wichtig. Geordnete Beziehungen mit unseren Nachbarn und wichtigsten Handelspartnern sind zentrale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Das politische Versprechen von geschützten Löhnen und Arbeitsbedingungen muss dabei eingehalten und die flankierenden Massnahmen müssen laufend verbessert werden. Die Arbeitnehmenden müssen von Wirtschaft und Politik ernst genommen werden. Wo Probleme auftauchen, muss die Politik rasch Lösungen suchen. Die Kündigungsinitiative würde nur neue Probleme schaffen. Travail.Suisse empfiehlt deshalb in Rücksichtnahme der Interessen der Arbeitnehmenden in der Schweiz, die Kündigungsinitiative klar abzulehnen.